

1717 + 1718

(Bleistiftnummern innen)

Bayern



Druck zu N. 108 der Landtagszeitung.

Erstes Abonnement.

Ein Abonnement besteht aus 125 Nummern und kostet 2 fl. 42 kr.; durch die Post bezogen für Baden 3 fl. 57 kr. Die Bestellungen sind für jedes folgende Abonnement zu erneuern.

Landtags-Zeitung.

Man abonniert bei dem nächstgelegenen Postamt; in Karlsruhe bei Wallas und Vogel, von welchen das Blatt auch im Buchhändlerwege zu beziehen ist.

[Nr. 108 und 109.] Verhandlungen der II. Kammer der badischen Stände i. J. 1844. [16. April.]

Herausgegeben von den Abgeordneten

Bassermann, Baum, Dissing, Gottschalk, v. Ihlein, Krenzer, Mathy, Windeschwender, Sander, Welcher, Weller und Anderen.

Redigirt von Karl Stein. — Druck von Wallas und Vogel.

50ste öffentliche Sitzung der 2. Kammer. (Fortsetzung.)

Welcher fährt fort:

Sollte ich dieß darthun und beweisen müssen, so könnte ich es jeden Augenblick thun. Ohne ausführlich zu seyn, glaube ich mich übrigens schon hier auf früheren Gründe und namentlich auf meine Motionen an frühere Landtagen, besonders in Beziehung auf die Behandlung der Bundesangelegenheiten berufen zu können. Ich sehe da eine stets wachsende Vereinarbeitung mit fremden Regierungen, die gegen die Interessen des Landes, und die in unserer Verfassung verbürgten Freiheiten, ja selbst gegen jene Rechte gerichtet ist, welche die deutschen Fürsten einstimmig den deutschen Völkern zugesagt haben und die in dem Bundesvertrag niedergelegt sind. Noch sind die Ausnahmsgesetze in Kraft, welche die Freiheit in der mannigfaltigsten Weise unterdrücken, und noch sind die Bitten nicht erfüllt, daß jene Ausnahmsregeln endlich ein Mal zurückgenommen werden möchten, und während man auf diese Weise in auswärtigem, angeblich allgemeinem deutschem Bundesinteresse in das Innere unserer Verhältnisse eingreift, müssen wir schmerzlich erfahren, daß wenn wir auch noch so beschreiben das Wort erheben wollen, um unsere Rechte gegen solche Verletzungen zu wahren, und dieses Wort genommen, der Druck unserer Verhandlungen hierüber untersagt und überhaupt verboten werden will, darüber zu sprechen. Es giebt keinen Theil unserer Rechtsverhältnisse, seien es finanzielle oder Justizverhältnisse, seien es landständische Rechte oder Rechte über Volksversammlungen — keinen Theil, der nicht durch die auswärtige Einwirkung betrübend berührt wird. Gleichwohl will man uns das Wort nehmen, wenn wir über diese auswärtigen Einflüsse und die möglichen Nachtheile und Folgen uns äußern wollen.

Da es auf diesem Landtage leider noch vielfache Gegenheit geben wird, wichtige specielle Punkte zur Sprache zu bringen und in Beziehung auf diese die Landesinteressen

zu wahren, so will ich für heute nicht in das Einzelne eingehen; sondern nur Einen Punkt berühren, den ich die Regierung ins Auge zu fassen bitte. Wenn die Regierung in dem System, wie es bis jetzt in Deutschland stattfindet, fortfährt, in dem System mit den auswärtigen Regierungen geheim und nicht geheim sich in Verbindung zu setzen und in Beziehung auf unsere inneren Verhältnisse Beschlüsse zu fassen, und wenn dadurch die freie Entwicklung in unserem Lande gestört wird, dann wird ein zweifacher großer Nachtheil geschaffen, der nicht ein Mal unmittelbar die Freiheit trifft, der aber vielleicht für die Regierung ein um so unmittelbarer Gegenstand ihrer Fürsorge und Pflicht seyn sollte. Ein Mal wird der Grundstein unserer Verfassung, nämlich die Souveränität und Selbstständigkeit des Landes gefährdet. Ich weiß freilich, daß eine ganz bodenlose Interpretation aus Anlaß der Grundverträge des Bundes so rasonnirt hat: Es sind souveräne Fürsten, die den Bund geschlossen haben und es muß also von Außen her die innere Souveränität, ich sage die innere Souveränität der Fürsten geschützt werden. Wer aber die Bundesakte nur aufschlagen mag, findet, daß es gleich vorn an der Spitze heißt, der Zweck des ganzen Vereins bestehe darin, die Selbstständigkeit der Staaten zu erhalten, und darunter ist auch die des badischen Staats begriffen. Wer ferner die Bundesverhandlungen lennt und die Zweckbestimmungen des Bundes ins Auge faßt, sieht, daß dort von einer Souveränität in dem Sinn gesprochen wird, daß die Staaten selbstständig seyn sollen, und ein selbstständiger Staat hat natürlich einen souveränen selbstständigen Fürsten. Diese Souveränität hat man zum Theil vergessen, während man fälschlich eine Vertheidigung des absoluten Fürstenrechts nach Innen, oder das sogenannte monarchische Prinzip hineinbrachte. Monarchisches Prinzip wollen auch wir, allein, so wie es angewendet wird, ist es ein vages und grenzenloses Ding, das über alle Schranken des monarchischen Rechts hinaus geht. Die Selbststän-

digkeit unseres Staats und die Selbstständigkeit unser Fürsten muß ein hoher und wichtiger Punkt für unsere Regierung sein. Hätten wir eine wahre Bundesstaatsverfassung, wie man sie früher zum Theil im Auge hatte, mit einer Nationalrepräsentation und träte das Gewicht der Nation in die Mitte, dann könnten durch diese Bundesverfassung die Regierungsrechte und die innern Verhältnisse der einzelnen Staaten betroffen werden, denn alsdann hätten die einzelnen Regierungen und Fürsten in der Kraft ihrer eigenen Volksstämme einen Schutz und Damm. Wo aber ohne dieses kleine Fürsten mit großen unterhandeln, da ist es natürlich, daß wenn die Selbstständigkeit nicht gewahrt wird, die kleinen Fürsten leiden und gefährdet werden und namentlich in den Stunden der Gefahr sehr gefährdet werden können.

Sodann erlaube ich mir aber auch noch einen andern Gesichtspunkt heraus zu heben, der in Verbindung mit demjenigen, was ich bereits sagte, mir von großer Bedeutung zu sein scheint. Wenn durch gemeinsame Maßregeln, ich meine jene Ausnahmsmaßregeln, wovon Eine, namentlich jene in Beziehung auf die Presse, bei der Verhandlung über die Motion des Abg. Mathy näher besprochen werden wird, die innere freie Entwicklung in den sämtlichen deutschen Staaten beschränkt wird, so vergesse man nicht, daß das natürliche Gefühl und Urtheil des Volkes die sämtlichen Regierungen solidarisch verantwortlich macht für das Unrecht, was in anderen deutschen Staaten geschieht und zwar auch die unfrige, weil auch sie zu diesen beschränkenden Maßregeln mitstimmte. Ich bin nicht so ungerecht, um, wenn ich gegenüber von verschiedenen deutschen Staaten Vergleichen anstellen will, in Beziehung auf unsere innere Verwaltung, vorzugsweise einen Tadel auszusprechen. Nein! ich sage vielmehr, daß ich in keinem andern deutschen Staate leben will, als in Baden, denn wenn auch bei uns Manches nicht gut ist, so ist es doch in vielen Beziehungen besser, als in mehreren anderen deutschen Staaten. In meinem Herzen bin ich an Baden geknüpft und ich anerkenne vor Allem eine humane Richtung in der Politik unseres Staates. Das wird aber Alles nicht helfen. Wenn Baden im Bunde mitwirkt, daß in anderen deutschen Staaten die Freiheit beschränkt wird, wie bei uns, so wird man es für skandalöse Prozesse, für Grausamkeiten, Härten und Inhumanitäten, die da und dort vorgehen, verantwortlich machen, indem man eben sagen wird: Alles dieß kommt von dem Rathe der Fürsten und ihrer Gesandten. Davor muß man sich aber hüten.

Ich kann Sie versichern, daß ich zum Theil auf meinen

Reisen Gelegenheit hatte, und auch hier durch reisende Fremde aus Norden und Süden, aus Osten und Westen von Deutschland die Stimmung kennen zu lernen — und ich würde ein Verräther an Fürst und Vaterland seyn, wenn ich nicht die Wahrheit ausspräche, die Wahrheit, daß ich in den Gemüthern und Ansichten der Menschen den Glauben an das monarchische Princip immer tiefer erschüttert finde. Ich bin von Herzen und Gesinnung ein Freund der monarchischen Regierung, wenn sie ein wahrhafter Freund der Freiheit ist. Man wird aber fast ausgelacht, wenn man solche Grundsätze und den Glauben an die Monarchie, an öffentliche Treue, wenn man Pietät ernstlich ausspricht. Es ist weiter gekommen, als die Herren auf der Ministerbank vielleicht glauben, und darum ist es von hoher Wichtigkeit, daß der Minister des Auswärtigen die Souveränität des Fürsten und des Landes und seine Freiheit männlich und kräftig vertheidige und dadurch die Verantwortlichkeit für dasjenige abwende, was anderwärts geschieht. Bedenkliche Zeiten können kommen und nicht einen Tag oder eine Nacht sind wir sicher, daß nicht große Krisen sich entwickeln, wo der Mangel an Glaube, an Treue und Recht sehr gefährlich werden kann. Daß aber Mangel an Treue und Recht in Deutschland besteht, wird Niemand bestreiten wollen, und daß dieser Glaube sich immer tiefer verbreitet, je mehr die Unterdrückungsmaßregeln die öffentliche Stimme unterdrücken, davon bin ich fest überzeugt. Ich wiederhole deshalb meinen Wunsch, man möge einen wahrhaft konstitutionellen und freigesinnten Gang in der Politik der auswärtigen Angelegenheiten einschlagen, und die Verfassung, so wie die Selbstständigkeit unseres Landes zu seinem und des Fürsten Wohl wahren.

Auf das Verlangen des Finanzministers wird auf die spezielle Diskussion über das Budget des Staatsministeriums übergegangen und dem Abg. Baffermann, welcher sich in Bezug auf das Ministerium des Auswärtigen zum Wort gemeldet hatte, dasselbe bis dahin vorbehalten.

I. Aufwand für das Gr. Staatsministerium.

Das vorliegende Budget enthält:

Tit. I. Großherzogliches Haus.

	1844.	1845.
1. Civilliste	650,000 fl.	650,000 fl.
	(Unverändert.)	
2. Witthumsgehälter	120,000 „	120,000 „
	(Unverändert.)	
3. Appanagen der Gr. Prinzen und Prinzessinen, mit Einschluß der Uebertrag :	770,000 fl.	770,000 fl.

	1844.	1845.
Uebertrag	770,000 fl.	770,000 fl.
Appanage S. H. des Erbgrö- ßherzogs	107,000 „	107,000 „
Wegen der unterm 23. Febr. 1843 statigefundenen Vermählung der Prin- zessin Marie, Hoheit — aus der Ehe des höchstseligen Großherzogs Karl — erscheint der gegenwärtige Budgetsag gegen jenen von 1843 um 10,000 fl. niedriger.		

Summa 877,000 fl. 877,000 fl.

Tit. II. Landstände.

1. Besoldungen	2,400 fl.	2,400 fl.
2. Gehalte	190 „	190 „
3. Aufwand wegen jährlicher Ver- sammlung des Ausschusses	800 „	800 „

Der Budgetsag war bisher nur
630 fl., und die Erhöhung auf die
Rundsumme von 800 fl. wird nach den
Regierungserläuterungen durch den
Umstand motivirt, daß nunmehr auch
die Eisenbahnschuldentilgungskasse und
die Grundstockrechnung durch den
Ausschuß geprüft wird.

4. Wegen des Landtags	50,000 „	50,000 „
Summa	53,390 fl.	53,390 fl.

Tit. III. Großh. Geheimen Kabinet.

1. Besoldungen	5,800 fl.	5,800 fl.
2. Gehalte. Wirklicher Aufwand, wie bisher	550 „	550 „
3. Bureaukosten	650 „	650 „
4. Für Deden	1,600 „	1,600 „
Summa	8,600 fl.	8,600 fl.

Tit. IV. Großh. Staatsministerium.

1. Besoldungen	8,800 fl.	8,800 fl.
2. Gehalte	1,100 „	1,100 „
3. Bureaukosten	600 „	600 „
Summa	10,500 fl.	10,500 fl.

Tit. V. Verschiedene und zufällige Ausgaben	5,000 fl.	5,000 fl.
--	-----------	-----------

Der Antrag der Commission geht dahin: unter

„I. Staatsministerium“
die Gesamtschuppen von Tit. I. bis V.

	1844.	1845.
mit	954,490 fl.	954,490 fl.

in das Budget aufzunehmen.
Die Kammer tritt dem Antrag ohne weitere Grüne-
rung bei.

II. Ministerium des Gr. Hauses und der aus-
wärtigen Angelegenheiten.

Bassermann. Das vorliegende Budget gibt uns An-
laß, auch ein Mal einen Blick über die engen Gränzen
unseres kleinen Baden hinaus zu richten. Nachdem in
so vielen Diskussionen spezielle badische Interessen an uns
vorübergingen, thut es wohl, sich auch als Bürger eines
größern Vaterlandes zu fühlen und das Wohl und Wehe
desselben in den Bereich unserer Betrachtungen zu ziehen.
Wohl uns, glaube ich sagen zu können, wenn wir, die
Bürger der verschiedenen kleinern Bundesstaaten, nicht bloß
Bürger dieser Staaten sind, sondern über dem Interesse für
unsere speziellen Angelegenheiten das Interesse an der Ge-
meinschaft nicht vergessen, wenn wir über dem Einzelnen
das Ganze nicht aus dem Auge verlieren. Ja, ich glaube,
das Interesse an dem Ganzen muß sogar das an dem
Einzelnen noch überwiegen, und ich halte es deshalb für
Pflicht eines Jeden, der öffentlich zu wirken berufen ist,
daß er, so weit es in seinen Kräften steht, zur Erstarkung
dieses Interesses am allgemeinen großen Vaterlande das
Seine beitrage, weshalb auch ich heute nicht verschweigen
zu dürfen glaube, was ich für das Wohl und Wehe unseres
gemeinsamen großen Vaterlandes auf dem Herzen trage.
Ich weiß wohl, daß wir in dieser Hinsicht besondere An-
träge, oder besondere unmittelbar praktische Vorschläge in
diesem Saale nicht zu machen im Stande sind. Ich weiß
wohl, daß für solche Gegenstände unsere Wirksamkeit der
Hauptfache nach nur eine moralische ist; wir können nur
Ueberzeugungen und Wahrheiten aussprechen. Ich weiß
ferner, daß es Viele gibt, die hierbei sagen: wozu dieß
und was nützt es uns? Ich weiß aber eben so wohl, daß
Derjenige, der die Geschichte kennt, auf jeder Seite gefun-
den hat, daß nie Wahrheit ohne Nutzen ausgesprochen
wird und nur die Bornirtheit will den Nutzen sofort in
Gulden und Kreuzern vorgezählt haben.

Das Wohl und Wehe von Deutschland — wovon hängt
es ab? — Von so manchen Bedingungen. Unter diesen ist
aber Eine, ohne welche alle übrigen gar nicht existiren
können. Diese Grundbedingung, die so wichtig ist, wie der
Athem für das Leben, ist keine andere als die Ein-

*Am dem
Größen
bis
V. 488
Größen #
zu prüfen
man vgl.
in hien-
zu.*

die Einheit Deutschlands. Ein schönes Wort! im Jahre 1840, als Gefahr von Außen drohte, von den deutschen Fürsten zum Wahlspruch erhoben. Kein Despotismus, kein Preußen, — Ein einiges Deutschland! — diese Worte gingen von Mund zu Mund und wurden so oft gebraucht, daß man sagen kann, sie seien zur Mode geworden. Es sind aber nur Worte, und wir Deutsche vor Allen müssen uns hüten, uns schon mit Worten und abstrakten Begriffen zu begnügen. Wir müssen anfangen, auf das Wesen und die Wahrheit zu sehen. Es geht in Deutschland mit manchem andern Worte, und namentlich mit dem Worte „Freiheit“ so. So Viele sind begeistert für das Wort und den Begriff Freiheit, aber das wahre Wesen verstehen sie nicht, wie sich dies manchmal zeigt. Wie viele deutsche Gewerbetheile, zum Beispiel, gibt es nicht, die sich liberal nennen und, wie sie sagen, der Freiheit huldigen. Kommt es aber darauf an, ihr Privilegium des Zunftzwangs, der Freiheit des Gewerbs zu opfern, so hört ihre Begeisterung für Freiheit auf. Wie Viele gilt es ferner, welche die Freiheit auf ihre Fahne schreiben, allein kommt es darauf an, die Freiheit, die doch nichts Anderes ist, als daß man sich nur als Gleicher unter Gleichen fühlt, so weit sie sie heiligen, Allen zuzutheilen, wess' Glaubens sie auch seien, so glauben sie, damit sei die Freiheit nicht vereinbar. (Viele Stimmen: Sehr wahr! — Hecker: Ja!) Allerdings! So wie es aber für die Sache der Freiheit nicht bloß mit dem Worte gegangen ist, so ist es für das Wohl Deutschlands nicht mit der Phrase gegangen: „Ein Despotismus, kein Preußen — ein einiges Deutschland!“ Ja, wir sehen im gewöhnlichen Leben, daß diejenigen, welche diese Worte im Munde führen, sie am wenigsten in's Handeln setzen. Blicken wir also zunächst auf das Wesen der Einheit. Worin besteht es in Deutschland?

Ist etwa die Sprache, das gemeinsame Band, welches uns so fest umschlingt, daß man auf diese Einheit setzen kann? Lehrlingen, Oheß und die Schwärze sprechen deutsch, allein sie sind nicht politisch deutsch, ja sie wollen es nicht ein Mal sein, und wider geben ihnen die deutschen Nationalität ihre Grund dazu. Sind es etwa die materiellen Interessen, die uns vereinigen? Nein, denn diese sind so verschieden, daß selbst die Einheit in Mitte des Zollvereins schon durch die Verschiedenheit der Interessen gestört ist; und sehen wir vollends auf Preußen, Hannover, Oldenburg und Mecklenburg, die nicht ein Mal zum Zollverein gehören wollen, ob sie gleich deutsche Staaten sind, so müssen wir gestehen, daß, was auch die Geschichte zeigt, die materiellen Interessen, statt ein gemeinsames Band für die Einheit zu sein, vielmehr die Klippen, die Gefahren sind, die erst besiegt

werden müssen, ehe von einer Einheit die Rede sein kann. Gerade aber, weil diese Verschiedenheit der materiellen Interessen so groß ist, muß auch die Kraft der Einheits-elemente stark sein, um sie besiegen zu können. Darum muß diese Einheit auch auf mehr beruhen, als auf einer bloßen Phrase. Sie muß ein mächtigeres Band um uns schlingen, um nicht dem ersten Stoß zu unterliegen. Blicken wir auf Frankreich, einen Staat, der Elemente der Einheit besitzt, wie sie in Europa nicht wohl stärker gefunden werden. Frankreich hat verschiedene Interessen. Der Weinbau im Süden ist in stetem Konflikt mit dem industriellen Norden, allein die dort so mächtige Einheit läßt auch nicht einen Gedanken an Trennung aufkommen. Blicken wir auf Nordamerika. Die südlichen Staaten sind im offenen Kampf mit den nördlichen, und der Gedanke der Trennung ist dort mehr als ein Mal ausgesprochen worden, — allein die Elemente der Einheit sind stärker und die Verschiedenheit der Interessen ist stets besiegt worden. Auch das deutsche Reich war ein politischer Körper, allein die verschiedenen Interessen der deutschen Staaten und der deutschen Herrscher waren zu stark und zu groß — und die Einheit unterlag. Lange und blutige Kriege im Innern von Deutschland haben uns bewiesen, daß die Elemente der Einheit in unserm Vaterland nie zu derjenigen Stärke gekommen sind, die ihnen zum Heil des Vaterlandes notwendig ist. Wenn nun aber das deutsche Reich in seiner Organisation unfähig war, die Einheit zu sichern gegen die Macht der Verschiedenheit der Interessen, so frage ich, worin die Organisation des jetzigen Deutschlands, oder des deutschen Bundes einen Vorzug vor der Organisation des deutschen Reichs hat. Deutschland bestand damals aus mehr als 300 Staaten und jetzt sind nur noch 38 davon übrig. Wenn, in gleichem Verhältnis fortschreitend, nach dem nächsten Völkersturm vielleicht nur noch wenige Staaten übrig bleiben, glauben Sie, daß bei Dreien etwa die Einheit nicht noch mehr gefährdet wäre als bei 38? — Und welcher anderer Unterschied zeigt sich uns noch bei einer Vergleichung des deutschen Bundes mit dem deutschen Reich? An die Stelle des Reichstags ist der Bundestag getreten. Der Reichstag hielt endlose Sitzungen und eine Frucht davon war fast nie zu erblicken, so daß er zuletzt zum Spott wurde. Und wie viele Zeit hat unser Bundestag nicht gebraucht, um einen seiner Hauptströme frei zu machen! Ja, obgleich schon ein Vierteljahrhundert seit Unterzeichnung der Bundesakte dahin gegangen, so hat er ja in dieser Zeit nicht ein Mal seine eigene Akte vollständig von dem Papier

weg ins Leben bringen können, und die wichtigsten Paradoxien harren heute noch ihrer Verwirklichung. Ich frage ferner, ob das einzige Gute, das in dieser langen Zeit entstanden ist, nämlich der deutsche Zollverein, diese einzige gemeinschaftliche Einrichtung in Deutschland, durch den deutschen Bund entstanden ist? Nein, er konnte nicht durch den Bund entstehen, sondern konnte nur im Wege des Konföderats, ja man kann sagen, trotz des Bundestags zu Stande gebracht werden. Und wenn auch zu Zeiten der Bund Beschlüsse fasste, welches deutsche Herz haben sie je erquickt, und den deutschen Mann zeige man mir, der sich je dafür begeistern konnte? Wenn aber der deutsche Bund, bei der Vergleichung mit dem alten Reichstag keinen Vorzug verdient, welches weitere Element der Einheit haben wir in unserer jetzigen deutschen Organisation, um uns dessen so sehr rühmen zu können, wie diese Einheit jetzt gerühmt ist? Wenn ich die Vergleichung fortsetze, so finde ich sogar, daß zwei Elemente der Einheit, welche das alte Reich hatte, uns fehlen. Dieses alte Reich hatte wenigstens einen Reichsgerichtshof und ein Reichsoberhaupt. Wir sind also eher noch schlimmer für die Einheit organisiert, als das alte deutsche Reich. Aber, wird man mir sagen, die deutsche Gesinnung ist es, der deutsche Geist, der uns alles dieses ersetzt. Der patriotische und deutsche Sinn der deutschen Fürsten macht jede äußere Einheit überflüssig. Die Zeiten der Zwietracht sind vorüber und die Feinde mögen nur kommen, sie werden uns Alle, wie einen Mann, gerüstet finden.

Ich kenne diese Stimmen, diese großen und tiefdenkenden Politiker, welche die Einheit für alle Zeit geborgen glauben, weil sie im Jahr 1840, wo Gefahr drohte, etwa die Feuerprobe aushielt? War denn schon ein Kanonenschuß gefallen? Nein. Sie preisen die deutsche Einheit als den Grundpfeiler des deutschen Glücks, weil, o Wunder! sie nicht vor einigen französischen Kammerreden sogleich auseinander fiel. Diese Einheit muß, wenn wir uns nicht selbst täuschen wollen, wenn auf ihr die ganze Zukunft des Vaterlandes ruhen soll, eine andere Basis haben; — denn die Gesinnungen der Menschen sind wandelbar, und wenn auch in einer Zeit, wo von Außen Gefahr drohte, die Noth sie zusammenstellte, und die Pfeile zu einem unzerbrechlichen Bündel umschlingt, so ist eben die Frage, ob die Bänder, welche die Pfeile zu einem Faszces machen, stark genug seien oder nicht. Mit dem Loben und dem preisen, dem Vertrauen ist es nicht gethan. Es gibt keinen Zustand im Lauf der Weltgeschichte, sei er auch noch so erbärmlich, der nicht seine Lobredner gefunden hätte, und es gibt kein

Land, das in großer Gefahr schwebte, worin sich nicht Viele befanden, die glaubten, durch prahlerische Phrasen sei die Gefahr wegzuläugnen. Wer im Jahr 1800 von den deutschen Fürsten gesagt hätte, sie werden einige Jahre später sämmtlich der Fahne des Feindes folgen und ihre deutschen Truppen gegen Deutsche führen, würde zur Antwort erhalten haben, er leide an der Galle, man solle nicht so schwarz sehen und auf den patriotischen Sinn der Fürsten vertrauen. Wer vor der Schlacht von Jena den Preußen gesagt hätte, in sechs Wochen werden alle euerer Festungen in den Händen des Feindes und euer Land auf der Landkarte von Deutschland weggewischt seyn — die Preußen, damals stolz auf ihr preussisches Heer, dem allerdings noch einiger Ruhm von Friedrichs Zeiten anflehte, würden diesen schlimmen Propheten gesteinigt haben, und doch sind solche Unglücksvögel, wie man sie nennt, nützlicher als diejenigen, die nur Lob und Preis im Munde führen. Aus Rheintliedern und elenden Zeitungsphrasen schmiedet man keine Bande der Einheit, die einem neuen Völkersturm trogen können. Ich will die deutschen Fürsten nicht verlegen, aber ich kann sagen, daß sie Menschen sind, und zwar einzelne Menschen. Die Gesinnungen der Menschen sind aber veränderlich und leider üben auf die menschliche Natur unsere persönlichen Interessen eine nur zu große Gewalt. Ja, die Fürsten sind noch größeren Versuchungen und Gefahren ausgesetzt, als alle ihre Mitmenschen. Man sehe die Menschen überhaupt an. Sie werden meistens eigensinnig und launisch im Alter und sind für diese Welt unbrauchbar, nicht aber darum, weil sie alt werden, sondern weil sie in ihrem Familienkreis leben, nur von ihren Kindern und Enkeln umgeben sind, die in natürlicher Scham keine Kritik über die Handlungsweise ihres Patriarchen üben können. Und wir, wenn wir von diesen Landtagen zurückkehren, so ist es uns, wie ich es wenigstens an mir empfunden habe, immer ein Gewinn, den wir zurückbringen, nämlich ein Fortschritt in der Erkenntniß unserer selbst — und warum? weil hier Freund und Feind uns nicht schonen, weil unsere Mängel aufgedeckt und benützt werden, weil wir fortwährend im Kampfe stehen. Das ist ein großer geistiger Gewinn. Allein einen solchen Gewinn können die Fürsten nicht haben, denn sie leben nicht unter Gleichen, sondern unter Leuten, die nur Lob im Munde führen und Alles an ihnen vortrefflich finden. Wir können uns daher auf ihre Gesinnungen, wenn sie auch jetzt einmüthig bestehen, nicht zu fest verlassen; wir wollen nicht blind seyn, sondern müssen mit der Geschichte in der Hand sagen, daß wenn eine Einheit geschaffen werden soll, worauf die ganze Zukunft die Größe, ja nur das Fortbestehen von Deutsch-

Land beruhen kann, wir etwas Anderes haben müssen, als eine bloße Phrase, nämlich eine wirkliche politische Organisation, die diese Einheit naturgemäß von selbst mit sich bringt, und in dieser Hinsicht spreche ich heute meine Ueberzeugung dahin aus, daß diese Organisation keine andere seyn kann, als ein deutsches Parlament. Mit einem deutschen Parlament, ich bin es fest überzeugt, hätte Deutschland die zwanzigjährige Schmach der letzten Unterjochung nicht geduldet. Im Angesicht eines deutschen Parlaments hätte es kein deutscher Fürst gewagt seine Fahne mit der der Franzosen zu vereinigen . . .

Staatsminister v. Dusch: Der Hr. Redner scheint mir von dem Gegenstande der Diskussion völlig abzuschweifen, wenn er von einem deutschen Parlament spricht. Wir haben hier Deutschland nicht zu organisiren, sondern nur für die badischen Interessen zu sorgen.

Bassermann. Nach der Geschäftsordnung darf ich nicht unterbrochen werden.

Präsident. Allerdings nicht; allein es liegt zuweilen im Interesse der Sache, eine Zwischenbemerkung zu machen.

Bassermann. Ich spreche ja nur meine Ueberzeugung aus, die ich für eine Wahrheit halte. Wird sie nicht als solche erkannt, so ist es ja unschädlich und ich werde verlacht werden. Ist es aber Wahrheit, so sollten Sie dieselbe nicht verhindern wollen. — Uebrigens will ich nicht hierauf eingehen, ich könnte sonst verlegen. — Nur durch Beispiele erlaube ich mir noch zu zeigen, warum ich glaube Wahrheit zu sprechen. In unserem kleinen Baden haben wir vielleicht selbst schon dießfalls Erfahrungen gemacht. Früher bestand ein kleinlicher Haß zwischen Ober- und Unterländern. Seitdem aber die Vertreter dieser beiden Landestheile zusammen friedlich auf diesen Bänken sitzen, ist dieses Vorurtheil verschwunden. Der blutige Haß zwischen Schotten und Engländern, er ist erstorben, und sein Grab ist das englische Parlament, wo sie sich neben einander stolz fühlen, Vertreter von Großbritannien zu seyn. Der Haß zwischen Kastilianern, Kataloniern und Arragoniern, die blutigen Kriege zwischen diesen Völkerschaften haben aufgehört und die allgemeinen Cortes sind das Grab dieser Reibungen geworden. So wie man nun dieselben Wirkungen von derselben Ursache überall findet, so bin ich auch überzeugt, daß die verschiedenen Interessen in Deutschland, die allein die Gefahr für die Einheit sind, durch nichts sicherer und wirksamer gebändigt und versöhnt, und die Einheit, die man jetzt preist, nicht besser in das Leben geführt und für alle Zeiten — mögen die Gesinnungen wechseln, wie sie wollen — befestigt werden könnte, als durch ein deutsches Parlament. Angesichts der feierlichen

Berathungen eines deutschen Parlaments, Angesichts des Patriotismus, der sich dort entwickeln würde — denn ich denke mir ein deutsches Parlament vielleicht noch größer als ein englisches und erhabener in seiner Unabhängigkeit, in seinem Edelmuth und in seinem Freisein von Parteigeist — würde der Gedanke an Abfall und Zerstückelung nicht blos verschwinden, sondern gar nicht aufkommen können, und wollen daher diejenigen, die die Macht in Händen haben, in Deutschland dieses schöne Wort der Einheit Deutschlands zur Wahrheit machen und dem deutschen Lande, dessen Geschick ihnen der Schöpfer in die Hände gab, eine Grundlage geben, auf der die Zukunft Deutschlands sicherer ruhen kann, als sie es im letzten Jahrhundert, wo Deutschland eine Provinz nach der andern verlor, konnte und jetzt be nicht besserer Organisation kann, so haben sie nach meiner Ueberzeugung kein anderes Mittel, als ein deutsches Parlament zu statuiren. Mögen sie es nun freiwillig thun, was ich nicht glaube, oder mag es die Noth bringen, wie leider in Deutschland immer erst die Noth das Gute bringen muß, so wird es sich bewähren, daß dies das einzige Mittel ist. (Einstimmiges Bravo in der Kammer und von den Gallerien.)

Präsident. Alle Zeichen des Beifalls wie des Mißfallens sind untersagt!

Staatsminister v. Dusch. Es gibt keine Zeit und keinen menschlichen Zustand, worüber man sich nicht in Klagen ergießen kann, sobald man es verschmäht, das vorhandene Gute zu würdigen. Es gibt keine Handlung, besonders keine politische, die nicht von einem einseitigen, beschränkten Standpunkte aus, ohne genaue Kenntniß und Uebersicht aller Verhältnisse beurtheilt, mannigfachem Tadel unterliegt. Die ewige Unzufriedenheit der Menschen ist die größte Feindin seines Glücks. Sie läßt ihn gering schätzen, was er besitzt, und das Glück in demjenigen suchen, was ihm ferne liegt. Diese Wahrheit hat sich mir durch die Reden, die ich vernommen, recht lebhaft vergegenwärtigt. Uebrigens wird Niemand in dieser Saale sein, der erwartete, daß ich auf die vielen vorgebrachten Bedenken und Ausstellungen ausführlich oder auch nur kurz antworte. Wäre hier auch der Ort dazu, solche Gegenstände zu verhandeln, so würden uns doch alle Materialien dazu fehlen, um auch nur annähernd eine wohlbezügnete Ansicht uns zu bilden. Wenn die Mitglieder bedacht hätten, wie viele streitenden Ansichten und Interessen, wie viele festgewurzelten Verhältnisse in der Welt bestehen, wie viele Konflikte geistiger und physischer Kräfte bei der Lösung jeder einzelnen politischen Frage zusammenwirken, so würden sie wohl in ihrem Urtheil be-

dachtsamer, bescheidener und billiger gewesen sein. Sehen wir vollends nach der praktischen Seite, nach den Resultaten der Politik unserer Zeit im Ganzen, so haben wir alle Ursache, die größte Zufriedenheit damit zu bezeigen und uns dessen, was wir haben, zu erfreuen. Und in der That, meine Herren, noch nie, so weit die Geschichte reicht, hat wohl ein so großer Theil der civilisirten Welt eine so lange ununterbrochene Reihe von Jahren hindurch den glücklichen Frieden genossen, nicht eine träge unfruchtbare Ruhe, sondern einen Frieden, womit in rascher Bewegung alle geistigen und materiellen Fortschritte, die das Wohl der Völker bedingen, verbunden waren. Zu den Ländern, die sich dieses Glückes in wachsendem Maße erfreuen, gehört besonders Deutschland und namentlich unser engeres badisches Vaterland. Die Erhaltung der naturgemäßen Entwicklung und die Verbreitung dieses glücklichen Zustandes ist das Ziel der Bestrebungen der Regierung. Sie wird auch dieses Ziel bei den deutschen Bundesangelegenheiten nach ihrer Stellung, ihrem Recht und nach Beurtheilung dessen, was die Verhältnisse nur immer möglich machen, im Auge haben. Ein ungeduldiges Vorgreifen und Ueberstürzen würde, weit entfernt, jenes Ziel zu erreichen, vielmehr der Erreichung desselben entgegen stehen. Der Staatsmann ist nicht in der glücklichen Lage sich phantastischen Träumen über rasche Vervollkommenung der Welt, über schnelle Herbeiführung eines allgemeinen Volkswohls hinzugeben. Er darf von dem festen Boden des Positiven nicht abweichen, sondern muß Schritt vor Schritt, je treuer seinem Zweck, um so mehr mit Umsicht alle Verhältnisse und Umstände berücksichtigen. Er muß — lassen Sie mich das Bild gebrauchen — dem Schiffer gleichen, der jeden Augenblick nach dem Chronometer und der Magnetnadel sieht, der das Senfblei und das Loth befragt. Er darf nicht bloß die Gestirne, sondern muß auch die Wolken zu Rath ziehen, wenn er sein Ziel glücklich erreichen will. — Lassen Sie mich endlich die schmerzlichen Empfindungen berühren, die es weckt, wenn so Mancher den deutschen politischen Zustand als einen herabgewürdigten, oder als einen solchen darstellt, dem das Ausland die Achtung versagt. Nein! Deutschland fehlt es an der ihm gebührenden Achtung nicht; sie wächst mit jedem Tage, je mehr das Ausland von der geräuschlosen Einwirkung des deutschen Geistes auf den Zustand von Europa fühlt und sie erkennen lernt. Längst ist kein Feld der Ehre und des Ruhmes mehr, wo nicht die Deutschen auch ihre Lorbeern errungen hätten. Doch es ist jeder Nation von der Vorsehung ihre eigen- thümliche Stelle zugewiesen und keine paßt zugleich für die andere. Beschweren wir uns nicht darüber — daß uns

vielleicht das Schönste geworden ist, durch den Geist gründlicher Wissenschaft und ächter Humanität, durch politische Mäßigkeit und Gerechtigkeit, durch Alles, was dem deutschen Charakter eigenthümlich ist, auf die Versöhnung und Ausgleichung der politischen Welt und die Erhaltung des europäischen Friedens zu wirken. Leicht ist es, das leere Wort hinauszuschleudern und den Streit zu entzünden, aber wohlthätiger ist es, wenn gleich schwerer, sich selbst zu beschränken, zu mäßigen und eine Beschwichtigung des Streites herbeizuführen. Ein Tag Friede ist für das Wohl der Völker mehr und auch für die geistigen und edleren Fortschritte der Menschheit mehr, als Jahre glänzender Kriege. Nur einen schwarzen Flecken kenne ich, der schon oft den Glanz des deutschen Namens verdunkelt hat und künftig verdunkeln könnte, nämlich den Flecken der Zwietracht. Wir Alle können dazu beitragen, ihn für die Zukunft in Deutschland auszulöschen. Nicht Einheit, sondern Eintracht wird uns stark machen.

Jung h a n n s. Der Abg. Welcker hat die Maßregeln der Regierung in Bezug auf die auswärtigen Verhältnisse angegriffen. Ich weiß, daß er immer nur sagt, was seine Ueberzeugung ist und ich ehre ihn darum. Ich kann aber diese seine Ueberzeugung nicht theilen. Er sprach von der gefährdeten Selbstständigkeit unseres Staates. Aber die Selbstständigkeit von Baden beruht nur auf dem engen Anschluß an den Bund, und daß dieser Anschluß erfolgte und Baden seinen Bundespflichten treue Genüge geleistet hat, das ist seine Stärke und darin liegt seine Macht. Diese Selbstständigkeit wird nach meiner Ansicht dadurch nicht befördert, daß wir Wünsche hier aussprechen, die in das Reich der Träume gehören und ohne einen Umsturz der Dinge nie ihre Verwirklichung finden können. Der Herr Abgeordnete hat in Beziehung auf die Handlungen des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten der Bundesbeschlüsse von 1832 erwähnt. Diese Beschlüsse wurden aber in einer Zeit der Noth erlassen und ihre Abänderung liegt nicht in dem Bereich der Macht des badischen Ministeriums, und es kann deshalb auch diesem kein Vorwurf darüber gemacht werden, daß jene Beschlüsse noch nicht abgeändert wurden. Der Herr Abgeordnete hat endlich noch einen schweren Vorwurf auf dieses Ministerium geworfen, indem er behauptete, es habe dasselbe in den Verträgen mit dem Auslande die Rechte des Landes nicht gewahrt, sondern im Gegentheil diese zum Vortheil des Auslandes hintangesetzt. Einen Beweis aber, daß dieß je und in irgend einem Vertrage, der seit langen Jahren mit dem Auslande abgeschlossen wurde, geschehen sei, habe ich nicht gehört.

Wenn wir Verträge über die Nachteile und über die Jurisdiction abschlossen, so haben wir immer dieselben Vortheile von dem Auslande erhalten, die wir ihm bei uns eingeräumt haben. Wenn er sodann noch insbesondere eines Vertrags erwähnte, der in Betreff der Eisenbahn von Frankfurt nach Heidelberg geschlossen wurde, so muß er auch bedenken, daß ein Theil der desfalls niedergelegten Commission jenen Vertrag als vortheilhaft für die Interessen des Landes dargestellt hat und die Abstimmung der Kammer wird zeigen, ob die Mehrheit ihn nicht auch als vortheilhaft erkennt. Es ist somit der Vorwurf, das Ministerium habe die Rechte des Landes verlegt, es habe einen Verrath an dem Lande begangen, indem es dem Auslande Vortheile eingeräumt, die wir nicht in gleichem Maße genießen, ein sehr harter und ungegründeter, den wohl die Kammer und das Land nicht theilen wird.

Sander. Ich gehöre nicht zu Denjenigen, die, wie der Herr Minister des Auswärtigen, glauben, daß der Deutsche sich begnügen solle mit dem Ruhm der Gelehrsamkeit und der Wissenschaft, sondern zu Denjenigen, die von dem Deutschen mehr verlangen und zwar das verlangen, was er früher war, nämlich Schiedsrichter der Welt. Wenn der Herr Minister des Auswärtigen wirklich glaubt, daß man sich in Deutschland mit der Wissenschaft und dem Geiste begnügen solle, so sage ich gebt ihm Raum! Wie steht es aber um den deutschen Presszustand? Ist es dem wissenschaftlichen Deutschen erlaubt, seine Meinung auszubreiten und dem deutschen Geist, seine Ansichten zu entwickeln? Nicht im Mindesten und das ist ja gerade die Klage, daß man den Deutschen in demjenigen, was wenigstens für viele das Wichtigste ist, nämlich in der Entwicklung des Geistes und der Ansichten hindert und beschränkt. Seit ich Mitglied der Kammer bin, habe ich bei Gelegenheit der Berathung des Budgets über die Bundeskosten meine Ansichten, Wünsche und Beschwerden über den Zustand von Deutschland geltend gemacht. Ich würde dieß auch heute gethan und mich demjenigen angeschlossen haben, was die Abg. Belker und Bassermann vorbrachten. Nachdem aber vorhin ein Bericht erstattet worden ist, über die Frage, ob es uns überhaupt erlaubt sei in diesem Saale den deutschen Bund zur Sprache zu bringen und der Hr. Minister in einer Zwischenbemerkung gegen den Abg. Bassermann behauptete, daß uns nicht zustehe, Wünsche und Bemerkungen in Beziehung auf diesen

Zustand und eine etwaige andere Organisation vorzu- und nachdem er später in seiner Rede angeführt hat, sei zweifelhaft, ob man überhaupt von solchen Gegenständen nur reden könne, so wird es Zeit seyn, bei der Diskussion über jenen Bericht, nachzuweisen, daß wir dieses Recht haben, aber auch Zeit und wahrlich genug Gelegenheit vorhanden seyn, nachzuweisen, daß wir die Pflicht haben, darüber zu reden, und zwar über den Zustand von Deutschland darum zu reden, weil er nicht ist, wie er seyn kann und ich setze hinzu, wie er, nach einem 25jährigen Frieden seyn sollte; denn Deutschland hat durch eine 25jährige Ruhe bewiesen, daß es mehr verdiene, als den fortwährenden Druck der Ausnahmsmaßregeln, die noch auf ihm lasten. Ich spare deshalb meine Bemerkungen über den Zustand von Deutschland auf jene Diskussion, wo ich mir erlauben werde meine Ansichten nicht nur mit Wünschen, sondern vielleicht auch mit Anträgen vereint, frei vorzubringen.

Belker. Der vorliegende Gegenstand ist von so großer Wichtigkeit, daß ich dasjenige, was ich gegen die Bemerkungen des Herrn Ministers des Auswärtigen sagen zu müssen glaube, nicht verschweigen darf. Was ich sage, wird in der nöthigen Form gehalten sein und ich werde mich hierbei kurz fassen können. Ich glaube, daß das Bild, welches der Herr Minister von unserm Zustand gegeben hat, dem Bilde wie ich und der Abg. Bassermann es gegeben, so entgegengesetzt und die Aeußerung des Hrn. Ministers in Beziehung auf unsere Vorstellungen und Ansichten, die er phantastisch und unbescheiden nannte, nicht bloß ein Tadel sind, den wir um unserwillen abwenden müssen, sondern es würde nach meiner Ueberzeugung im Allgemeinen sehr schädlich und verderblich sein, wenn eine solche Ansicht, von Seiten des Ministertisches ausgesprochen, ohne Antwort bliebe.

(Schluß folgt.)

Tagesordnung auf Freitag den 19. April, Vormittags 10 Uhr.

1. Erstattung von Berichten.
2. Diskussion über den Entwurf des Strafprocesses.



Druckend zu N^o 108 der Landtagszeitung.

1871

18

Die erste Seite
des Buches ist
mit einer
Vorrede
begonnen.
In der
Vorrede
erklärt
der Verfasser
den Zweck
des Buches
und die
Anordnung
des Inhalts.

Die zweite Seite
des Buches ist
mit einer
Vorrede
begonnen.
In der
Vorrede
erklärt
der Verfasser
den Zweck
des Buches
und die
Anordnung
des Inhalts.

Die dritte Seite
des Buches ist
mit einer
Vorrede
begonnen.
In der
Vorrede
erklärt
der Verfasser
den Zweck
des Buches
und die
Anordnung
des Inhalts.

Die vierte Seite
des Buches ist
mit einer
Vorrede
begonnen.
In der
Vorrede
erklärt
der Verfasser
den Zweck
des Buches
und die
Anordnung
des Inhalts.